

Drogen- und Suchtpolitik in der Europäischen Union

Autor(en): **Zobel, Frank**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **SuchtMagazin**

Band (Jahr): **38 (2012)**

Heft 2

PDF erstellt am: **14.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-800439>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Drogen- und Suchtpolitik in der Europäischen Union

Der vorliegende Artikel beleuchtet die Art und Weise, in der sich die 27 Mitgliedstaaten der EU in ihren Strategien zur Bekämpfung der Probleme im Bereich der illegalen Drogen progressiv genähert haben und untersucht, ob im weiteren Bereich der Sucht allgemein eine ähnliche Dynamik beobachtet oder angestrebt werden kann. Ein weiteres Thema ist der Einfluss der Schweiz auf diesem Gebiet.

Frank Zobel

Verantwortlicher der Abteilung Politik, Evaluation und Inhaltliche Koordination (POL) der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht EBDD, Cais do Sodré, 1249-289, P-Lissabon, Tel. +351 (0)211 21 02 59, frank.zobel@emcdda.europa.eu, www.emcdda.europa.eu

Schlagwörter:

Europa | Drogenpolitik | Suchtpolitik | Schweiz |

Die europäische Drogenpolitik

Auch wenn helvetischer Föderalismus und europäischer Komunitarismus nicht verwechselt werden dürfen, sollte es aus der Sicht der Schweiz nicht schwer sein, die Drogenpolitik in der Europäischen Union zu verstehen. Die wesentlichen Mittel und Kompetenzen in diesem Bereich liegen in den Händen der 27 Mitgliedstaaten, die alle eine eigene Drogenpolitik haben. Wie in den Schweizer Kantonen können sich die Strategien der einzelnen Länder bezüglich ihrer Ziele und Inhalte unterscheiden. So gibt es z. B. Unterschiede zwischen Schweden und Portugal oder zwischen der Tschechischen Republik und Rumänien.

Dank der europäischen Abkommen können die europäischen Institutionen die nationalen Drogenpolitiken auf verschiedene Art und Weise unterstützen, z. B. indem sie bestimmte Aktivitäten im Bereich der Öffentlichen Gesundheit ergänzen, die zwischenstaatliche Kooperation von Justiz und Polizei unterstützen, Programme und Abkommen mit EU-Kandidaten, Nachbarländern oder anderen Staaten im Bereich der internationalen Zusammenarbeit fördern oder länderübergreifende Forschungs- und Informationsprogramme durchführen.

Die EU-Mitgliedstaaten haben seit den 1990er Jahren gemeinsame Strategien und Aktionspläne verabschiedet und erneuert. Diese Papiere kodifizieren ein europäisches Modell der Drogenpolitik (siehe weiter unten) und enthalten eine Liste von Aktionen, die die Mitgliedstaaten und europäischen Institutionen umsetzen müssen.¹ Vor allem für Letztere bilden die Strategien und Programme einen Wegweiser, während die Mitgliedstaaten, die nicht verpflichtet sind, die vorgesehenen Massnahmen umzusetzen, davon je nach Land und Zeitpunkt differenziert Gebrauch machen. Eine bedingte Ausnahme von dieser Regel bilden gewisse Bereiche der Drogenpolitik, wo die Mitgliedstaaten Kompetenzen an die Union abgetreten haben (Kontrolle der Vorläufersubstanzen, Bekämpfung der Geldwäscherei, Identifizierung und Kontrolle neuer Substanzen).²

Im Alltag baut die europäische Drogenpolitik oft auf den Austausch von Erfahrungen und Kooperation auf. An den monatlichen Treffen der Horizontalen Gruppe Drogen GHD³ in Brüssel, den halb-

jährlichen Treffen der nationalen Drogenkoordinatoren, den europäischen Koordinationssitzungen der Commission on Narcotic Drugs CND⁴ der UNO oder den von den EU-Präsidiien organisierten Konferenzen, um nur einige zu nennen, werden landesspezifische Erfahrungen ausgetauscht, aber auch gemeinsame Perspektiven bestimmt. Die EU hat in den letzten 20 Jahren auch zahlreiche länderübergreifende Projekte unterstützt und europäische Agenturen eingesetzt, deren Aufgaben spezifisch (EBDD)⁵ oder teilweise (Europol, Eurojust, Frontex, Cpol)⁶ mit Drogenfragen zusammenhängen. Diese Instrumente haben die Zahl der Kontakte zwischen Fachleuten vervielfacht, was zu mehr Wissen aber auch zu gemeinsamen Regeln und Instrumenten führte. Diese erlauben heute eine spezifische Sichtweise der Drogenproblematik in Europa, die zu einem Referenzpunkt auf nationaler und internationaler Ebene wurde.⁷

Das europäische Modell

Die europäische Politik stellt trotz ihrer institutionellen Grenzen zweifelsohne die weltweit erfolgreichste regionale Drogenpolitik dar. Dank der EU-Beitrittsgesuche und der Abkommen der EU mit Drittländern hat sie zudem einen realen Einfluss auf die verschiedenen nationalen Politiken. Mehrere Staaten, die sich bis Ende der 80er Jahre auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs befanden und heute Mitglieder der EU sind, haben ihre Drogenpolitik neu ausgerichtet und sich dem europäischen Modell genähert. Eine ähnliche Dynamik findet sich heute in gewissen Balkanstaaten.

Die Drogenpolitik der EU stützt sich zuerst einmal auf gemeinsame Prinzipien: Respektierung der Menschenrechte, Gleichgewicht und Integration zwischen öffentlicher Gesundheit und Repression, Basierung auf Forschung und wissenschaftlicher Auswertung, Befolgung der Konventionen der Vereinten Nationen. Dabei handelt es sich auch um eine globale Politik, die keine Massnahme von vornherein ausschliesst. Massnahmen, die (noch) nicht Gegenstand eines Konsenses zwischen den Staaten sind, werden in der Regel in den Aktionsplänen nicht erwähnt. Massnahmen, die nicht oder nicht mehr abgelehnt werden, werden berücksichtigt. Jeder neue Plan enthält daher eine Anzahl bereits bekannter sowie einige neue Aktionen. Der letzte Aktionsplan 2009-2012 verweist z. B. auf eine stärkere Beteiligung der Zivilgesellschaft, die Entwicklung von Qualitätsstandards, ein besseres Verständnis für die Situation in den Gefängnissen oder auch einen optimierten Einsatz der europäischen Kooperationsinstrumente im Bereich Justiz und Polizei.⁸

Institutionalisierung der Schadensminderung

Wie man sich denken kann, bestand die grösste Revolution der letzten zwanzig Jahre darin, in der europäischen Drogenpolitik schrittweise die Schadensminderung zu institutionalisieren.⁹ In der Praxis finden sich allerdings Staaten, für die Substitutionsbehandlungen und Spritzentausch im Zentrum ihres Hilfsprogramms für Drogenabhängige stehen, während diese Massnahmen bei anderen nur sehr beschränkt zum Einsatz kommen. Indessen gibt es auch hier wie in anderen Bereichen (Strafverfolgung von Drogenkonsumierenden, Evaluation der Strategien) eine gewisse Annäherung bzw. die Differenzen zwischen den Staaten nehmen eher ab als zu.¹⁰ Dies ist allerdings nicht allein auf die europäische Drogenpolitik zurückzuführen, denn auch die globalen Veränderungen im Gesundheitswesen oder in der öffentlichen Sicherheit haben wesentlich dazu beigetragen.¹¹ Trotzdem stossen diese Veränderungen in der Union und bei den Austauschtreffen auf grosse Resonanz.

Schwieriger wird es, wenn es darum geht, im Zusammenhang mit der Angebotsreduktion bzw. mit der Arbeit von Justiz und Polizei ein Modell oder einen europäischen Trend zu identifizieren. Man kann jedoch davon ausgehen, dass die Förderung staatlicher Kooperationen, namentlich über Europol und andere Agenturen und Gemeinschaftsprojekte, auch hier zur Übereinstimmung von Ideen und Praktiken beitragen. Dabei handelt es sich oft um weitergehende Fragen der öffentlichen Sicherheit¹², insbesondere die Bekämpfung des organisierten Verbrechens, bei denen die Produktion und der Handel von Drogen nur eines der Elemente sind.

Integration der Suchtpolitik

Ohne dass sich dabei ein eigentlicher Trend manifestiert, wurden in den vergangenen fünfzehn Jahren verschiedene mehr oder weniger erfolgreiche Versuche unternommen, die Strategien in den Bereichen Drogen, Alkohol und/oder Tabak auf nationaler Ebene besser zu koordinieren.¹³ Entsprechende Initiativen gibt es heute in Irland, Portugal oder Luxemburg. Dennoch verfügen heute nur wenige Länder in Europa über ein einheitliches Papier zum Umgang mit den verschiedenen suchtauslösenden Substanzen. Es sind dies Belgien, Deutschland, Frankreich und Schweden. Das Integrationsniveau¹⁴ ist – über den einfachen Inhalt der Dokumente hinaus – jedoch sehr unterschiedlich. Die übrigen Länder verfügen entweder über getrennte Drogen-, Alkohol- und/oder Tabakstrategien oder nur über eine einzige Strategie im Bereich der illegalen Drogen.¹⁵

In der Europäischen Union stehen die Probleme im Zusammenhang mit Alkohol¹⁶ und Tabak unter der Verantwortung der Öffentlichen Gesundheit, während die Drogenproblematik historisch gesehen zum Bereich der Justiz und der inneren Angelegenheiten gehört. Natürlich gibt es zahlreiche Brücken zwischen gesundheitsspezifischen Themen, jedoch kann man zum jetzigen Zeitpunkt nicht von einer eigentlichen Integration sprechen.¹⁷ Eine aktuelle externe Evaluation der europäischen Drogenstrategie empfiehlt, diese auch auf legale Substanzen auszudehnen. Eine solche Änderung wäre jedoch zweifelsohne nicht leicht zu übernehmen und umzusetzen, da es dafür innerhalb der Mitgliedstaaten eines Konsenses bedürfte.

Was in Europa und anderswo auffällt, ist die Tatsache, dass es in der Suchtpolitik zwei entgegengesetzte Stossrichtungen gibt. Einerseits eine Annäherung im Zusammenhang mit der beruflichen Praxis (Prävention, Therapie, Verkehrssicherheit usw.), die auf bestimmten Konzepten beruht (Abhängigkeit, Risiken, psychoaktive Wirkungen), welche nach einer Integration der Massnahmen und Fachstellen rufen. Auf der anderen Seite eine institutionalisierte Trennungsdynamik aufgrund der gesetzlichen Unterscheidungen zwischen den Substanzen, die dazu führt, dass sich auch die Politiken differenzieren. Man denke dabei z.B. an die Opposition von KonsumentIn und DelinquentIn oder von Unter-

nehmen und kriminellen Organisationen. Die Konfrontation dieser zwei Stossrichtungen führt nicht immer zum gleichen Ergebnis. Setzt man sich mit den AkteurInnen vor Ort oder mit der Lokalpolitik auseinander, scheint sich die Annäherung durchzusetzen. Auf Makroebene bzw. in der nationalen oder internationalen Politik hingegen ist die Dynamik der Trennung im Allgemeinen stärker.

Der Einfluss der Schweiz¹⁸

Die schweizerische Drogenpolitik der 90er Jahre hatte und hat immer noch einen Einfluss auf gewisse nationale Politiken. Die Schweiz wird in Europa immer wieder als Beispiel für Massnahmen wie die beaufsichtigten Drogenkonsumräume, die Abgabe von Spritzen im Gefängnis oder die Verschreibung von Heroin¹⁹ genannt. Was sich in den letzten zehn Jahren geändert hat, ist die Tatsache, dass einige europäische Länder ähnliche Politiken und Massnahmen wie die Schweiz verabschiedet haben und in einigen Bereichen sogar noch weiter gehen, vor allem bei der Umsetzung eines Public-Health-Ansatzes. Die Entkriminalisierung des Drogenkonsums in Portugal^{20,21} ist da das offensichtlichste Beispiel, aber es liesse sich auch der Einsatz von Naloxon²² in Deutschland, Italien oder Grossbritannien anführen. Die schweizerische Drogenpolitik hat damit ihre Aussergewöhnlichkeit und demzufolge ihren Einfluss verloren. Dass die Schweiz nicht Mitglied der EU ist und nur selten am Wissens- und Datenaustausch innerhalb der Union teilnimmt, ist ein weiteres Hindernis für ihre Einflussmöglichkeit.²³

Dennoch gibt es einen Bereich, in dem die Schweiz bis heute führend ist und genau darum geht es in dieser Ausgabe des Suchtmagazin: die Entwicklung einer integrierten Suchtpolitik. Kein anderer europäischer Staat scheint so viel Aufwand und Arbeit in die Entwicklung von konzeptuellen Grundlagen für die Förderung einer solchen Politik investiert zu haben.²⁴ Das von der Eidgenössischen Kommission für Drogenfragen entwickelte Würfelmodell bleibt auch das einzige Modell in diesem Bereich, das manchmal von europäischen ExpertInnen zitiert wird.

War aber die Schweiz erfolgreich bei ihrem Vorgehen? Hat sie wirklich zu einer markanten Annäherung der Drogen-, Alkohol- und Tabakpolitik beigetragen? Die Antwort auf diese Frage muss zum heutigen Zeitpunkt wahrscheinlich immer noch «Nein»²⁵ heissen. Wie die meisten anderen Länder auch sieht sich die Schweiz mit ernsthaften Schwierigkeiten konfrontiert, wenn es darum geht, die Strategien in einer kohärenten nationalen Politik zusammenzufassen. Stimmt diese Wahrnehmung, zeigt die Schweiz mit ihrem grösseren Aufwand dem Rest der Welt vielleicht auch, wie schwierig eine Umsetzung auf nationaler Ebene sein kann.

Europa im Wandel

Die Frage der Integration der Suchtpolitiken bleibt zweifelsohne auf der Traktandenliste bestehen, vor allem in diesem Jahr, wenn es darum geht, die EU-Drogenstrategie zu erneuern. Die Debatte könnte allerdings auch von einer Anzahl aktueller Veränderungen beeinflusst werden, worunter drei hervorzuheben sind:

Auswirkungen der Wirtschaftskrise

Die Wirtschaftskrise trifft die europäischen Staaten auf unterschiedliche Weise, zeigt sich aber fast überall in einer Senkung der öffentlichen Ausgaben, vor allem in Bereichen, die im Zentrum der Suchtpolitik stehen: Gesundheit, Sozialdienste und – im Bereich illegaler Drogen – Polizei und Justiz. Diese Budgetkürzungen erfolgen sektoriell, können aber auch umfassende Einsparungen zum Ziel haben, z.B. durch die Integration bestimmter Strukturen oder Massnahmen im Suchtbereich. Dies löst die Probleme der Kompatibilität in der Politik nicht, kann aber vor Ort im Kontext der Mittelreduzierung zu einer Annäherung zwischen zum Beispiel Alkohol- und Drogenpolitik führen. Weil die Staaten allerdings zur jetzigen Zeit auf keine Einnahmen verzichten wollen, könnte dies

RE DIE **BASTI**
IN BERN GESTANDEN / SIE
KMAL SCHU



rave it safe.ch



bestimmte Ziele der Öffentlichen Gesundheit in den Bereichen Alkohol und Tabak ebenfalls einschränken.

Integrierte Drogenpolitik hat im Moment keine Priorität

Wie in diesem Artikel bereits erwähnt, konzentriert sich die EU-Agenda der öffentlichen Sicherheit zurzeit vor allem auf Fragen der Einwanderung, des Terrorismus und des organisierten Verbrechens. Die Drogenproblematik wird oft als Unterkategorie dieser grösseren Themen betrachtet. Eine solche Dynamik kann bedeuten, dass es in Zukunft schwierig sein wird, eine globale, integrierte Drogenpolitik, wie wir sie heute kennen, zu definieren, bzw. eine Politik, die die zwei Komponenten Reduktion der Nachfrage und Reduktion des Angebots verbindet, da Letzteres immer unspezifischer wird. Ein eventueller Schiffsbruch der Drogenpolitik könnte uns um Jahrzehnte zurückwerfen, könnte aber auch zu einer stärkeren Annäherung der Aspekte der Öffentlichen Gesundheit der Suchtpolitiken führen.

Kontrolle neuer Substanzen

Heute steht schliesslich die Frage der Kontrolle neuer Substanzen («Legal Highs») im Zentrum der Diskussionen über die Drogenpolitik. Das Angebot an solchen Alternativen zu verbotenen Substanzen²⁶ hat die Grenzen eines Systems aufgezeigt, das auf einer individuellen Kontrolle der Substanzen beruht. Um sich dieser Herausforderung zu stellen, haben die Staaten zwei Optionen. Einerseits eine Optimierung der Gesetzgebung über die Anwendung globaler (Analogpräparate, Generika) und schnellerer Verbote. Andererseits das Zurückgreifen auf andere Gesetzgebungen (Konsumentenschutz, Lebensmittelkontrolle, Therapieprodukte), die sich ausserhalb des klassischen Arsenal von Drogengesetzen befinden und eine allgemeinere Herangehensweise an dieses Phänomen erlauben.²⁷ Beide Optionen haben ihre Vor- und Nachteile. Neu ist jedoch die Tatsache, dass die Drogenpolitik in einem grösseren Rahmen als nur innerhalb der Drogengesetze betrachtet und diskutiert werden kann. Das ergibt auch neue Möglichkeiten zur Entwicklung von integrierten Suchtpolitiken. ●

Literatur

- Bergeron, H./Griffiths, P. (2006): Drifting towards a more common approach to a more common problem: epidemiology and the evolution of European drug policy. S. 113-124 in: R. Hughes/R. Lart/P. Higate (Hrsg.), *Drugs: Policy and Politics*. London: Open University Press.
- Eidgenössische Kommission für Drogenfragen EKDF (2006): Von der Politik der illegalen Drogen zur Politik der psychoaktiven Substanzen. Bern: Hans Huber.
- Eidg. Kommission für Alkoholfragen EKAL/Eidg. Kommission für Drogenfragen EKDF/Eidg. Kommission für Tabakprävention EKTP (2010): Herausforderung Sucht. Grundlagen eines zukunftsfähigen Politikansatzes für die Suchtpolitik in der Schweiz. Bern: BAG.
- Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht EBDD (2011): Stand der Drogenproblematik in Europa, www.tinyurl.com/ce48x6k, Zugriff 12.03.2012.
- Europol (2011): OCTA. EU Organised Crime Threat Assessment. www.tinyurl.com/7abgtbl, Zugriff 05.03.2012.
- European Council (2008): EU Drugs Action Plan for 2009-2012 (2008/C 326/09). Official Journal. www.tinyurl.com/6na837p, Zugriff 05.03.2012.
- Hedrich, D./Pirone, A./Wiessing, L. (2008): From margin to mainstream: the evolution of harm reduction responses to problem drug use in Europe. *Drugs: Education, Prevention and Policy* 2008 (15): 503-517.
- Hughes, B./Winstock, A.R. (2012): Controlling new drugs under marketing regulations. *Addiction*. doi: 10.1111/j.1360-0443.2011.03620.x
- Moreira, M./Hughes, B./Costa Storti, C./Zobel, F. (2011): Portugal. EMCDDA, European Monitoring Centre for Drugs and Drug Addiction. www.tinyurl.com/cuhmg69, Zugriff 05.03.2012.
- Muscat, R. (Ed.) (2008): From a policy on illegal drugs to a policy on psychoactive substances. Strasbourg: Council of Europe Publishing.
- Spinatsch, M. (2004): Eine neue Suchtpolitik für die Schweiz? Grundlagen und Materialien für eine verstärkte Integration der suchtpolitischen Aktivitäten des Bundes. Bern: BAG.
- Zobel, F./Ramstein, T./Arnaud, S. (2004): Les interventions publiques nationales en matière d'abus de substances et de dépendances: une revue internationale. Lausanne: Institut universitaire de médecine sociale et préventive. *Raisons de santé* 101.

Zobel, F./Goetz, W. (2011): Drug use in Europe: Specific national characteristics or shared models. S. 195-212 in: G. Hunt/M. Millet/H. Bergeron (Hrsg.), *Drugs and Culture: Knowledge, consumption and policy*. London: Ashgate.

Endnoten

- 1 Im Wesentlichen die Europäische Kommission und gewisse Agenturen der EU.
- 2 Weitere Infos zum Monitoring neuer psychoaktiver Substanzen: www.emcdda.europa.eu/activities/action-on-new-drugs
- 3 Vgl. www.emcdda.europa.eu/about/partners/council
- 4 Suchtmittelkommission der UNO: www.tinyurl.com/7awyh7o. Sie berät jedes Jahr eine Woche in Wien über die Umsetzung der drei internationalen Drogenabkommen und der entsprechenden Erklärungen und Aktionspläne der UNO.
- 5 Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht EBDD. Die zentrale Informationsstelle hat zur Aufgabe, zuverlässige und vergleichbare Informationen über Drogen und Drogensucht auf europäischer Ebene zu liefern.
- 6 Europäische Agenturen, die im Bereich der polizeilichen (Europol), juristischen (Eurojust) Kooperation, der Grenzkontrolle (Frontex) und der Polizeiausbildung (Cepol) tätig sind.
- 7 Diese europäische Drogenproblematik wird jedes Jahr im Jahresbericht der EBDD zum Stand der Drogenproblematik in Europa sowie teilweise in der EU Organised Crime Threat Assessment, OCTA (vgl. Europol 2011) beschrieben.
- 8 Vgl. EU Drugs Action Plan 2008.
- 9 Vgl. Hedrich/Pirone/Wiessing 2008.
- 10 Vgl. Bergeron/Griffiths 2006.
- 11 Vgl. Zobel/Goetz 2011.
- 12 Wie dies im Standing Committee on Operational Cooperation on Internal Security (Siehe: www.tinyurl.com/7pvl3lm) – der neuen Kooperationsplattform für innere Sicherheit in Europa – der Fall ist.
- 13 Dies betrifft manchmal auch andere Suchtprobleme, z. B. krankhaftes Spielen, Doping oder Medikamentenmissbrauch.
- 14 Z. B. betreffend einheitliche Steuerung, gemeinsame Koordinationsinstanzen, gemeinsame Budgets, eine globale Beurteilung usw.
- 15 Die manchmal unter besonderen Umständen legale Drogen erwähnen (z. B. Prävention bei Schülern).
- 16 Es gibt auch eine EU-Strategie zur Verringerung alkoholbedingter Schäden: www.tinyurl.com/6oy9ojf, Zugriff 01.03.2012.
- 17 Das Mandat der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht konzentriert sich historisch auf illegale Drogen, auch wenn der Mehrfachkonsum mit legalen Substanzen immer mehr einbezogen wird.
- 18 Es gibt keine Studie, die den Einfluss der Schweiz auf die europäischen Drogen- und Suchtpolitiken untersucht hat. Der Autor stützt sich an dieser Stelle auf seine eigenen Beobachtungen, die er in den letzten fünf Jahren in den europäischen Institutionen gemacht hat. Vgl. auch den Artikel von Uchtenhagen in diesem Heft.
- 19 Heute haben mehrere Länder die medizinisch kontrollierte Heroinabgabe eingeführt. Die Gesamtzahl von PatientInnen innerhalb der EU liegt jedoch kaum über derjenigen der Schweiz allein. Damit bleibt die Schweiz Pionierin in diesem Bereich, sei es auch nur aufgrund der Bedeutung, die sie dieser Behandlungsform beimisst.
- 20 Portugal hat den Besitz von Drogen für den persönlichen Gebrauch und den Drogenkonsum 2001 entkriminalisiert. Es wurden «Kommissionen zum Abbringen von der Drogensucht» eingesetzt, die die polizeilich überprüften Personen beurteilen und ihnen Hilfe (Therapie, Unterstützung) bieten können, in seltenen Fällen auch Strafen verhängen (Bussen, Führerscheinentzug usw.) oder nichts unternehmen. Diese Kommissionen unterstehen der Verantwortung des Gesundheitsministeriums und haben als primäre Mission die Hilfestellung gegenüber Drogenkonsumierenden.
- 21 Vgl. Moreira/Hughes/Costa Storti et al. 2011.
- 22 Diese Substanz wird bei einer Überdosis als Opioid-Antagonist eingesetzt. Sie kann Drogenkonsumierenden, ihren Angehörigen oder bestimmten Fachleuten in Kombination mit einer Schulung zur Verfügung gestellt werden.
- 23 Norwegen, ebenfalls nicht Mitglied der EU, nimmt an den Arbeiten der EBDD teil. Diese Daten werden bei der Analyse der Situation in Europa berücksichtigt.
- 24 Vgl. Zobel/Ramstein/Arnaud 2004; Spinatsch 2004; EKDF 2006; EKAL/EKDF/EKTP 2010. Die Schweiz ist auch mit einer Delegation in der Gruppe Pompidou vertreten und hat verschiedene Vorstösse zum Thema gemacht: Vgl. Muscat 2008.
- 25 Hierbei stütze ich mich auf einige Beobachtungen, wie z. B. die begrenzte Integration der verschiedenen Politiken im BAG oder der Inhalt des neuen Alkoholgesetzes, das keine Annäherung zu den anderen Politiken anzeigt.
- 26 Z. B. Kräutermischungen, die synthetische Cannabinoide (bei Cannabis) oder synthetische Cathinone (bei Ecstasy und Kokain) enthalten.
- 27 Vgl. Hughes/Winstock 2011.